

Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf
Bauamt
OT Niederbobritzsches
HauptstraÙe 80
09627 Bobritzsch-Hilbersdorf

PLZ, Ort	Datum
09627 Bobritzsch-Hilbersdorf	19. Juli 2013
Sachbearbeiter(in)	Zimmer-Nr.
Schönberger	
Telefon-Nr. (Durchwahl)	Telefax-Nr.
037325 / 23815	037325 / 23823
Nr./AZ Bitte stets angeben!	
Bankverbindung:	
Sparkasse Mittelsachsen	3351000340
Bankleitzahl	870 520 00

Piratenpartei Deutschland -
Landesverband Sachsen
Kamenzer StraÙe 13 - 15
01099 Dresden

Antrag vom : 18. Juli 2013 angeben

Sondernutzungserlaubnis nach § 2 ff der Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an GemeindestraÙen und Ortsdurchfahrten in der Gemeinde Bobritzsches (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung)

Inanspruchnahme von öffentlichen Verkehrsgrund
Ort: **Bobritzsches-Hilbersdorf** Ortsteil: **alle**
StraÙe: von Haus-Nr. zu Haus-Nr.:

Zeitraum: **12. August 2013 bis 27. September 2013 „Bundestagswahl 2013“**

AusmaÙ :
Breite: Länge: Gesamtfläche :
Belastung (Gewicht) : Größe: **A1** Anzahl: **12**
Fahrbahn: Gehweg: Grünfläche: Sonstige Fläche:

Verantwortlicher: **Herr Schnabel**
Telefon: **017624309990**

1. Die o.g Behörde genehmigt am oben bezeichneten Ort:
☐ Warenauslagen ☐ Aufstellen von Tischen/ Stühlen ☐ Informationsstände
☐ Aufgrabungen ☒ Plakatierungen ☐ Aufstellen von Gerüsten
☐ Aufstellen von Containern ☐

Auflagen : siehe Anhang

2. Der Antragsteller hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Für diesen Bescheid wird eine Gebühr festgesetzt von:
Verwaltungsgebühr Sondernutzungsgebühr Auslagen Gesamtbetrag
0,00 € 00,00 € € 00,00 €

Die umseitigen/beiliegenden Auflagen und Hinweise und die Rechtsbehelfsbelehrung sind Bestandteil dieses Bescheides.

3. allgemeine Auflagen:

- a) Die Genehmigung wird in stets widerruflicher Weise erteilt, sie kann insbesondere entschädigungslos zurückgenommen werden, wenn der Inhaber der Ausnahmegenehmigung gegen Auflagen oder gesetzliche Vorschriften verstößt.
- b) Behinderungen des Verkehrs sind zu vermeiden bzw. unter Vornahme der gebotenen Sicherungsmaßnahmen auf das Mindeste zu beschränken. Verkehrszeichen dürfen nicht verdeckt werden. An Straßenkreuzungen oder – einmündungen ist ausreichende Sichtmöglichkeit zu gewährleisten.
- c) Die Plakatierung ist nicht zulässig an:
 - an Verkehrszeichen, Verkehrseinrichtungen und Schalteinrichtungen (Schaltkästen)
 - an und auf Brücken, Haltestellen und Verkehrsinseln,
 - an Stellen, an denen der Werbeträger die Verkehrsübersicht gefährdet oder behindert
 - vor und hinter Kreuzungen, Einmündungen und Fußgängerüberwegen bis zu je 15 m von den Schnittpunkten der Fahrbahnkanten
 - an Bäumen
 - ab 50 m vor Bahnübergängen und 20 m vor Kreuzungsbereichen
 - an Verkehrszeichen, Verkehrsleiteinrichtungen, innerörtlichen Wegweisern
 - Bäumen
 - Brückengeländern und Schutzgeländern jeglicher Art
 - vor und in Gebäuden der öffentlichen Verwaltung, gemeindlichen Einrichtungen (Schulen, Kindertageseinrichtungen, Feuerwehr, Bürgerhäuser u. ä.)
 - vor Kirchen und Friedhöfen
 - im Umkreis von 50 m um die Wahllokale
- d) Die Anbringung von Plakaten an Lichtmasten darf nur mit Genehmigung der Energieversorgers erfolgen.
- e) Die Höhe der Anbringung von Werbeträgern an Lichtmasten der Gemeinde im Gehwegbereich hat mindestens 2,50 m, jedoch höchstens 3,50 m (gemessen ab Unterkante) zu betragen.
- f) Die Anbringung der Plakate an Lichtmasten hat mit Materialien zu erfolgen, welche die Masten nicht beschädigen. Die Befestigung mit nicht ummanteltem Draht ist untersagt.
- g) Werbeträger dürfen nicht in das Lichtraumprofil der Straße hineinragen.

4. Auflagen bei Aufgrabungen:

- a) Alle im Zusammenhang mit dem Bestand und der Ausübung der Sondernutzung sich ergebenden Mehraufwendungen und Schäden sind der Gemeinde zu ersetzen.
- b) Ist für die Ausführung der Anlage eine behördliche Genehmigung, Erlaubnis oder dergleichen nach anderen Vorschriften oder eine privatrechtliche Zustimmung Dritter erforderlich, so hat sie der Erlaubnisnehmer einzuholen.
- c) Der Beginn und die Beendigung der Bauarbeiten sind bei der Gemeindeverwaltung Bobritzsch rechtzeitig anzuzeigen (Tel.: 037325/238-15)
- d) Die Bauarbeiten sind so durchzuführen, dass die Sicherheit nicht und die Leichtigkeit des Verkehrs möglichst wenig beeinträchtigt werden. Der Erlaubnisnehmer hat alle zum Schutz der Straße und des Straßenverkehrs erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Baustellen sind abzusperren und zu kennzeichnen (verkehrsrechtliche Anordnung einholen!). Hierzu wird auf § 45 Abs. 6 StVO verwiesen.
- e) Der Ausführungszeitraum der Bauarbeiten ist so kurz wie möglich zu halten.
- f) Vor Einbringung von bituminösen Schichten ist aus Veranlassung des Erlaubnisnehmers eine Abnahme mit einem Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung Bobritzsch durchzuführen.
- g) Nach Abschluss der Arbeiten oder Erlöschen der Erlaubnis ist die Straße wieder ordnungsgemäß herzustellen. Den Weisungen der Gemeinde ist hierbei Folge zu leisten. Die Fertigstellung ist bei der Gemeinde anzuzeigen, es erfolgt eine Abnahme.

5. Kennzeichnung von im öffentlichen Verkehrsraum abgestellten Containern und Wechselbehältern

Die Containern und Wechselbehältern sind so aufzustellen, dass der Verkehr möglichst wenig behindert wird, d.h. i. d. R. in Längsrichtung der Fahrbahn.

Innerhalb geschlossener Ortschaften sind die Behälter bis zu einer Breite von 2,5 m und einer Länge von 8 m mit retroreflektierender Folie Typ 2 der DIN 67520, Teil 2 zu kennzeichnen. Breitere oder längere Behälter und bei örtlicher Erfordernis sind nach den Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RAS) abgesichert werden. Die Behälter sind mit einem Namensschild (Anschrift und Telefonnummer) zu kennzeichnen.

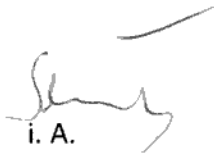
Die vorstehenden Anforderungen stellen Mindestanforderungen dar.

6. Hinweise

Für Schäden und Schadensersatzansprüche Dritter, die sich aus der Inanspruchnahme dieser Genehmigung ergeben, haftet der Inhaber der Ausnahmegenehmigung

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats Widerspruch bei der erlassenden Behörde schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden.


i. A.



Verteiler: Antragsteller
Akte